

15. Juni 2008, 04:00 Uhr

VON MIRIAM HOLLSTEIN, MITARBEIT: PETER ISSIG

Drum prüfe, wer sich ewig bindet

Deutschland streitet um den geplanten Einbürgerungstest. Das Beispiel anderer Länder zeigt, wie hilfreich er sein kann - wenn er die richtigen Fragen enthält

Die Pläne waren kaum bekannt, da hagelte es bereits Kritik von allen Seiten. Von einer "Missachtung des Parlaments" sprach die SPD, die FDP von zweifelhaftem Auswendiglernen. Die Grünen witterten gar den Versuch, "durch fragwürdige Wissensabfragen selektieren zu wollen".

Anlass war die Ankündigung des Innenministeriums, ab 1. September einen bundesweit einheitlichen Einbürgerungstest einführen zu wollen. Wer künftig Deutscher werden will, muss nicht nur acht Jahre legal im Land gelebt haben, ausreichend Deutsch sprechen, seinen Lebensunterhalt bestreiten können und sich keiner Straftat schuldig gemacht haben. Er wird ab Herbst auch 33 Fragen zu deutscher Politik, Geschichte und Gesellschaft beantworten müssen, mindestens 17 davon korrekt. Bislang sind nur acht Testfragen bekannt (siehe rechts). Der Gesamtkatalog von 310 Fragen, den das Berliner Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen entwickelt, soll bis Mitte Juli vorliegen und bis spätestens Anfang August vom Bundeskabinett beschlossen werden. Da es sich um eine "Verordnung" und kein Gesetz handelt, ist eine Zustimmung von Bundestag und Bundesrat nicht erforderlich.

Die Angelegenheit ist heikel, denn sie berührt - wie schon die Debatte über die deutsche Leitkultur - Kernfragen des Staatsverständnisses: Was macht eine nationale Identität aus? Wer hat den Anspruch, vollwertiges Mitglied eines Staates zu werden? Und wer darf darüber entscheiden?

Was für die Ehe eine Selbstverständlichkeit ist, scheint für die Nation verpönt: zu prüfen, an wen man sich bindet. Nach Ansicht des Osnabrücker Migrationsforschers Klaus J. Bade liegt dies zum einen in der "ethno-nationalen Tradition, deren Kern die Vorstellung war: Deutscher kann man zwar sein, aber nicht werden." Zum anderen macht Bade das mangelnde deutsche Selbstbewusstsein für die Haltung verantwortlich: "Wer sich als Nation nicht selbst definieren kann, der versagt auch als selbstbewusster Partner der Einwanderer."

Dabei könne ein Einbürgerungstest für beide Seiten sinnvoll sein, glaubt Bade. Vorausgesetzt, er stelle die richtigen Fragen. Solche nach dem deutschen Jugendstrafrecht oder der Bedeutung des Kniefalls von Kanzler Willy Brandt in Warschau hält Bade für unsinnig: "Beim Vorbereiten auf die Fragen muss dem Einwanderer deutlich werden, dass er sich auf diesem Wege dem Einwanderungsland nähert und nicht einfach nur abgefragt wird."

Wie das geht, machen die USA vor, mit jährlich rund einer Million Zuwanderer nicht nur das beliebteste Einwanderungsland, sondern auch eines, das vielen Experten als Integrationsmodell gilt. Dort wird beim Einbürgerungstest nicht nur nach dem Namen des Präsidenten und der Zahl der Bundesstaaten gefragt, sondern auch nach den Werten der amerikanischen Verfassung. Im Gegensatz zu Deutschland ist dort auch eine Einbürgerungskultur entstanden, die den potenziellen Neubürger mit Ritualen begleitet und ihm das Gefühl gibt, dass seine Aufnahme erwünscht ist. Das führt dazu, dass eingebürgerte Amerikaner nicht nur auf die neue Heimat stolz sind, sondern auch die eigene Herkunft öffentlich zelebrieren.

Vorbild für den deutschen Einbürgerungstest waren aber nicht die USA, Vorbild war Großbritannien, wo ein solcher seit 2005 Pflicht ist. Der Katalog der Multiple-Choice-Fragen wirkt uneinheitlich: Sie reichen von Fragen nach typischen Weihnachtsgerichten, der im Land benötigten Stromstärke bis zur Herkunft des Weihnachtsmanns.

"Der Einbürgerungstest darf kein Stadt-Land-Fluss-Quiz sein", sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) der "Welt am Sonntag". Er fordert, dass Bewerber um die deutsche Staatsbürgerschaft auch "Grundkenntnisse über die föderale Ordnung und die Länder haben". Bayern, Hessen und Baden-Württemberg haben bereits eigene Einbürgerungstests eingeführt, die teilweise als "Gesinnungstests" massiv kritisiert worden waren.

Die Bürger jedenfalls finden die Tests gut. In einer Emnid-Umfrage hätten sich 66 Prozent der 503 repräsentativ ausgewählten Befragten für einen solchen Test ausgesprochen, berichtet "Bild am Sonntag". 29 Prozent der Bundesbürger lehnen die Einführung eines solchen Tests ab.

@Einige Auszüge aus dem hessischen Test: www.welt.de/einbuengerungstest